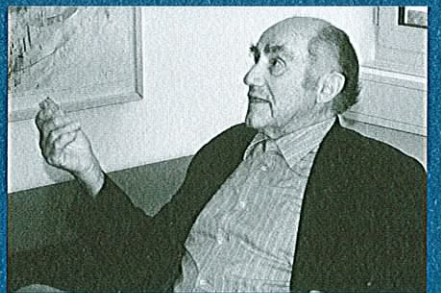




Handelskammer und
Arbeitgeberverband
Graubünden

JAHRESBERICHT 2008



Das Wirtschaftsjahr 2008	4
Vernehmlassungen und Abstimmungen	7
Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden	15
Verbandsaktivitäten	18
Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus	21
Jahresrechnung 2008	23
Revisorenbericht 2008	26
Verbandsorganisation 2008	28

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2008



DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2008 IN DER SCHWEIZ

Seit Herbst 2008 hat sich die globale Konjunktur schneller und heftiger abgekühlt als erwartet. Im Jahresdurchschnitt wuchs das Schweizer-Bruttoinlandprodukt (BIP) noch um 1,8% (Schätzung). Vor allem der Aussenhandel musste, nach einer respektablen Expansion im 1. Semester, in der zweiten Jahreshälfte Federn lassen. Ab September gingen die Exporte erstmals seit Januar 2005 wieder zurück. Auch das Konsumentenvertrau-

en trübte sich ein und lag im Oktober deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt.

Dank einer guten Ausgangslage konnte sich die Arbeitslosenrate im Jahresmittel mit 2,6% (gegenüber 2,8% im Vorjahr) verbessern. Im Schnitt waren 101725 Personen arbeitslos. Im Berichtsjahr ging in der Schweiz die längste Phase der Preisstabilität zu Ende. Die Inflationsrate dürfte im Jahresdurchschnitt 2,6% erreichen, verglichen mit 0,7% im Vorjahr. Höher war die Teuerung letztmals im Jahr 1993 mit 3,3% gewesen.

Heftige Verluste an den Finanzmärkten führten zu einem der schwärzesten Jahre seit vielen Jahrzehnten. Das nährte die Rezessionsängste. Die Notenbanken versuchten mit aggressiven Zinssenkungen das Kreditssystem wieder zu beleben. Auch an der Währungsfront gab es markante Bewegungen. Der Euro schwächte sich im Verhältnis zum Schweizer Franken in den ersten Monaten von 1,65 auf 1,53 ab, um sich wieder zu erholen. Der US-Dollar setzte im Jahresverlauf seinen Abwärtstrend fort und erreichte seinen Tiefstkurs im März. Auf die bis November eingetretene Erho-

lung folgte ein neuerlicher Einbruch im Dezember.

Das schlechte weltwirtschaftliche Umfeld hat sich noch nicht auf die Schweiz ausgewirkt. Die Konsumausgaben stiegen um knapp 2% und damit fast gleich stark wie im Vorjahr. Im Bauhauptgewerbe waren die Folgen der weltweiten Finanzkrise nach Erhebungen des Schweizerischen Bau- und Handwerksverbandes noch nicht spürbar. Bei anhaltend hoher Kapazitätsauslastung haben auch die nominellen Umsätze zugenommen. Am stärksten war die Exportwirtschaft von der negativen Entwicklung betroffen. Im November brachen die Aufträge in der Industrie ein.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2008 IN GRAUBÜNDEN

Die Bündner Wirtschaft ist im Vergleich zum Vorjahr weniger stark gewachsen. Mit rund **1,5%** blieb die **Zunahme** stabil und lag nur wenig unter dem Schweizer Durchschnitt.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung führte gar zu einer Beschäftigungszunahme. Die **Arbeitslosen-**

quote nahm von 1,4% auf 1,3% ab. Sie liegt damit weiterhin deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 2,6%. Die weltwirtschaftliche Situation veränderte aber das Bild mit zunehmender Zeit. Vor allem einige exportorientierte Unternehmen mussten Ende des Jahres **Kurzarbeit** einführen. Im Januar 2009 verzeichnete der Kanton Graubünden erstmals seit 2005 in diesem Monat einen Anstieg der Arbeitslosenzahl. 1687 Personen waren arbeitslos, davon 485 Frauen und 1202 Männer. Die höchsten Arbeitslosenzahlen verzeichneten der Handel (148), das Gastgewerbe (242) und – saisonbedingt – das Baugewerbe (523).

Von den 15 029 erteilten **Arbeitsbewilligungen** für ausländische Arbeitskräfte entfielen 10 778 an Kurzaufenthalter EU 25, 1695 auf Jahresaufenthalter EU 25 und 2351 auf Grenzgänger. Die Gesamtzahl der **Lehrverhältnisse** ist leicht auf 5861 (5755) angestiegen. 2102 Lehrverträge wurden neu abgeschlossen, 463 aufgelöst oder umgewandelt.

Von der der positiven Wirtschaftsentwicklung in Graubünden profitierte vor allem der **Tourismus**. Vom 1. November 2007 bis 31. Oktober 2008 nahm die Logiernächtezahl um beachtliche 7,1% zu. Mit rund 6,15 Millionen Übernachtungen wurde das beste Ergebnis seit 1994 erzielt. Ein guter Wintersaisonstart, ausgezeichnete Schneesportbedingungen und eine starke Inlandnachfrage im Sommer

führten zur Hauptsache zu diesem Resultat. Entsprechend verzeichneten auch die **Bergbahnen Graubünden** überdurchschnittliche Geschäftsergebnisse, welche 95% ihres Umsatzes im Winter erwirtschafteten.

9% höhere Einnahmen aus dem Personenverkehr und Umsatzsteigerungen am Vereina und im Güterverkehr bescherten der **Rhätischen Bahn** eine Umsatzsteigerung von einer Million.

Die **Ems-Gruppe** wurde von der Heftigkeit des Konjunkturreinbruchs überrascht. Trotz eingeleiteter Massnahmen führte der starke Einbruch in der zweiten Jahreshälfte zu einer Verminderung des Nettogewinns um 26,7% auf CHF 215 Millionen. (294).

Trotz Konjunkturabschwächung konnte die **CEDES-Gruppe** dank dem Schwung aus dem Vorjahr einen guten Abschluss erzielen. Der Umsatz stieg um 6% von CHF 50 Millionen auf CHF 53 Millionen, die Anzahl verkaufter Sensoren erreichte bei einem Stückzahlwachstum von 20% ein Volumen von 450 000 Einheiten. Der Personalbestand am Hauptsitz in Landquart ist um 10% resp. 25 Stellen angestiegen.

Hamilton Bonaduz AG hat das Geschäftsjahr 2008 mit einem Glanzresultat abgeschlossen und ist um rund 17%, **Hamilton Medical AG** gar um 23% gewachsen. Es konnten 60 neue Stellen geschaffen werden, ein weiterer Stellenausbau ist geplant.

Die **Allegra Passagger Mineralquellen AG** konnten ihre Verkäufe im wichtigen Kernmarkt Graubünden verdoppeln.

Auf ein schwieriges Jahr blicken wegen der erschwerten Rohstoffbeschaffung und der globalen Wirtschaftskrise die **Trockenfleischproduzenten** zurück, deren Absatzvolumen sich sowohl im Ausland wie im Inland um rund 4% zurückbildeten.

Ein erfreuliches Ergebnis erzielte trotz der Finanzkrise auch die **Graubündner Kantonalbank**, deren Netto-Neugeldzufluss im Vergleich zum Vorjahr um das Fünffache und der Konzerngewinn mit CHF 123,1 Millionen um 17,5% zunahm.

Die **Würth-Gruppe Schweiz** erzielte im Geschäftsjahr 2008 eine Umsatzsteigerung von 2,7% auf EUR 646,2 Millionen. Allerdings musste beim Betriebsergebnis ein Rückgang von 14,6% verzeichnet werden. Der weltweit tätige Würth-Konzern hat 2008 nochmals einen Umsatzrekord sowie ein hohes Betriebsergebnis erreicht.

Die drei **TRUMPF Unternehmen** am Standort Grusch verzeichneten im Geschäftsjahr 2007/2008 dank der Laser-Flachbettmaschinen und der Laserschriftungs-Systeme sowie der Markteinführung neuer Elektrowerkzeuge eine Umsatzsteigerung von 24%. Der Personalbestand stieg um 25 Personen auf insgesamt 590 Personen, wovon 48 Lernende.

Die **Freymatic AG** konnte den Umsatz 2008 um 25 % steigern, wobei die meisten Maschinen in die ehemaligen Ostblockländer, vor allem nach Russland, geliefert wurden.

Gegenüber der Vorjahresperiode nahm die **hydraulische Bruttostromerzeugung** im Kanton Graubünden um 14,8 % auf 8196 GWh zu. Der Bündnerische Anteil an der schweizerischen hydraulischen Bruttostromerzeugung betrug 21,8 % und an der schweizerischen gesamten Bruttostromerzeugung 12,4 %. Die **Rätia Energie Gruppe** schloss 2008 mit dem besten bisher erzielten Jahresergebnis ab. Bei einer Gesamtleistung von rund CHF 2 Milliarden (+6 %) resultierte ein Ebit von CHF 185 Millionen (+153 %) und ein Gruppengewinn von CHF 94 Millionen (+26 %).

Das Geschäftsjahr 2008 bei **Heineken Switzerland AG** war geprägt durch die Fusion mit der Brauerei Eichhof in Luzern und dem Aufstieg zur Nr. 2 in der Schweiz. Ein guter Start in die Wintersaison 2008 wurde ab Ende Dezember stark relativiert durch die Rückgänge ab Januar 2009. Das eingeführte Rauchverbot im Kanton Graubünden hat vor allem die traditionelle Gastronomie mit anfänglichen Rückgängen bis 20 % stark getroffen.

Mit CHF 132,9 Millionen verzeichnete die **Südostschweiz-Gruppe** einen leicht sinkenden Umsatz von CHF 3,1 Millionen, dafür eine Steigerung des Unternehmensgewinns nach Steuern

auf CHF 4,1 Millionen (CHF 1,2 Millionen). Strukturell ist vor allem das Internet gewachsen, womit sich auch das Werbevolumen erhöhte. Das Gruppen-Anzeigengeschäft (ohne Publicitas) profitierte vom guten Jahresbeginn, aber auch die Distributionsgesellschaften für die Verteilung von Druckgütern und Zeitungen erzielten einen nennenswerten Umsatz von CHF 9,5 Millionen. Die Anzahl der Mitarbeiter sank von 1014 auf 991.

Der Umsatz in der **Baubranche** ging dagegen leicht zurück. Es zeichnete sich im Jahresverlauf eine Verlagerung von den Grossprojekten zu den allgemeinen öffentlichen Unterhaltsarbeiten ab.

Die Bündner **Automobilbranche** hatte vor allem gegen Ende Jahr eine sinkende Nachfrage nach Neuwagen zu verzeichnen. Insgesamt war der Geschäftsgang zufriedenstellend.

Der florierende Tourismus sowie eine positive Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung verhalfen dem **Bündner Detailhandel** zu einem erfreulichen Wachstum. Die Abschwächung der globalen Wirtschaft wirkte sich dank der starken Nachfrage aus dem Tourismus noch nicht aus.

Die **Weinernte** 2008 betrug 25 700 Hektoliter; sie lag damit 17 % über dem zehnjährigen Mittel. Der Blauburgunder erreichte 100 Grad Öchsle.



VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN



Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und dem Hotelierverein Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Einzelne Vorlagen wurden auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Sie finden die Vernehmlassungen im vollen Wortlaut auf unserer Homepage (www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen).

VERNEHMLASSUNGEN BUND

Freizügigkeit mit der EU – Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien

Der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU, so unsere Feststellung, sei ein Erfolg, den es weiterzuführen gelte, weshalb der freie Personenverkehr und dessen Ausweitung begrüsst würden. Dies zeigten auch die durchwegs guten Erfahrungen, welche die Bündner Wirtschaft mit dem geltenden Regime gemacht habe. Allerdings dürften als

Preis für diesen Erfolg die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft nicht verschlechtert werden. Die Erfahrungen im Kanton zeigten, dass es keine zusätzlichen flankierenden Massnahmen für die Personenfreizügigkeit braucht. Die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien werde nicht mit grossem Enthusiasmus aufgenommen. Allerdings müsse die von der EU beschlossene Öffnung akzeptiert werden, ein Rosinenpicken sei nicht möglich. Die im Vergleich zu bisher längeren Übergangsfristen mit jährlich ansteigenden Bewilligungskontingenten machten die angestrebte Lösung auch für den schweizerischen Arbeitsmarkt vertretbar.

Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB)

Die kantonale Praxis im öffentlichen Beschaffungswesen wurde als zufriedenstellend erachtet. Sie stütze sich auf das Submissionsgesetz und die interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) und biete einen hohen Standard bezüglich Transparenz sowie Verfahrens- und Rechtssicherheit. Deshalb sei auch ein vom Bund behaupteter Handlungsbedarf nicht erkennbar. Ins-



besondere lehnten wir die durchdringende Wirkung der Vorlage für die Kantone und Gemeinden entschieden ab. Begrüsst wurde die Revision des BöB indessen für den Geltungsbereich des Bundes, wo ein erhebliches Verbesserungspotential bei der Verfahrenstransparenz bestehe. Grundlage hierfür könnten die funktionierenden Regelungen der IVÖB bilden, welche mit den kantonalen Submissionsgesetzen kompatibel seien. Deswegen sei unverständlich, dass der Bund eine eigene Lösung vorschlage, ohne mit den Kantonen eine gemeinsame Lösung zu suchen.

Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (MSchG)

Zu dieser Vorlage haben wir uns zusammen mit den schweizerischen Industrie- und Handelskammern vernehmen lassen und einleitend der Verärgerung Ausdruck gegeben, dass immer häufiger Gebrauchs- und Konsumgüter mit dem Zusatz «swissmade» etc. auf den Markt gelangten, die überhaupt nicht oder nur zu einem unwesentlichen Teil in der Schweiz hergestellt wurden, wodurch die Konsumenten getäuscht würden. Zur Vorlage wurde beanstandet, dass das MSchG andere Kriterien vorsehe als die Ursprungsregeln über den schweizerischen Ursprung. Dies führe zu Widersprüchen und zur Diskriminierung einzelner Produkte, welche seit jeher als genügend bearbeitet und damit schweizerischen Ursprungs bezeichnet werden durften, dies indessen – obwohl gemäss

den Ursprungsregeln der Schweizer Ursprung immer noch gegeben wäre – inskünftig nicht mehr tun dürfen. Die Bestimmungen des Markenschutzgesetzes über die Herkunftsangabe von Waren und die Ursprungskriterien müssten daher materiell übereinstimmen. Ohne den Nutzen eines Registers für geographische Angaben für nicht-landwirtschaftliche Waren zu verkennen, wurden die Nachteile eines solchen als überwiegend erachtet, weil es zu einem «Zwei-Klassen-Schutz» führen würde und das Eintragungsverfahren kostspielig sein dürfte. Aus der Sicht der Trockenfleischfabrikanten wurde Art. 48 des Entwurfes abgelehnt, weil dies dazu führen würde, dass bestimmte Produkte plötzlich gar keinen Ursprung mehr hätten, weder einen schweizerischen noch einen ausländischen. Ausdrücklich begrüsst wurde indessen die Möglichkeit der Registrierung von Kollektiv- oder Garantiemarken, ferner die Neuregelung, wonach das Schweizerkreuz künftig auch für Waren und nicht nur für Dienstleistungen verwendet werden dürfe.

Initiative «Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich»

Im Wissen, dass die CO₂-Abgabe ursprünglich als Lenkungsabgabe vollumfänglich der Bevölkerung zurückgegeben und nicht als Steuer mit bestimmter Zweckbindung ausgestaltet werden sollte, wurde daran erinnert, dass sich die Wirtschaft stets gegen die Einführung einer CO₂-Abgabe

gewehrt und deren Tauglichkeit im Falle einer Umverteilung bezweifelt habe. Zudem wurde zum Ausdruck gebracht, dass aus der Sicht der Wirtschaft der Klimarappen und dessen Verwendung für CO₂ mindernden Investitionen vorzuziehen wäre. In diesem Lichte betrachtet, könnten in der vorgesehenen Bindung eines Teils der CO₂-Abgabe durchaus sympathische Züge und eine wirkungsorientierte Ausrichtung erkannt werden. Auf diese Weise könnten die Fehlgestaltung der CO₂-Abgabe zumindest partiell korrigiert und positive Effekte für die Wirtschaft ausgelöst werden. Abgelehnt wurde indessen die Beschränkung auf Wohn- und Dienstleistungsgelände. Auch selbstbewohntes Wohneigentum und vor allem Gewerbe- und Industriebetriebe müssten in den Genuss einer entsprechenden Abgabenbefreiung resp. Rückerstattung gelangen, wenn energiewirksame Massnahmen zur CO₂-Minderung getroffen und entsprechende Investitionen getätigt würden. Auch wenn Mitnahmeeffekte nicht ausgeschlossen werden könnten, müssten die Mittel der CO₂-Abgabe zweckgebunden und zielführend und nicht nach dem Giesskannenprinzip eingesetzt resp. verteilt werden. Die Subventionierung von Kleinstinvestitionen sei daher nicht erwünscht. Zur Vermeidung einer Aufblähung der Verwaltung wurde eine Koordination und Angliederung bei den kantonalen Energiefachstellen vorgeschlagen, welche über die Verwendung der Gelder und Investitionen wachen sollten. Abschliessend wurde

festgestellt, die CO₂-Abgabe sei eine Fehlkonstruktion mit Giesskannenaus-schüttungen, welche den gewünschten Zweck der CO₂-Minderung nicht erreichen könne.

Anhörung zu den UKW-Radio- und Regional-TV-Gesuchen

Auf eine detaillierte Prüfung der beiden Konzessionsgesuche wurde verzichtet, zumal beide Gesuchsteller zu unseren Mitgliedern gehören. Hingegen wurden diverse Kriterien hervorgehoben, welche bei der Konzessionsbeurteilung massgeblich berücksichtigt werden müssten. Angesichts der kulturellen und sprachlichen Vielfalt sei eine hohe Authentizität des Radioprogramms notwendig, welches auf die spezifischen Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Ein «Retorten-Radio» mit Übernahme eines Anteils Sendungen anderer Stationen sei unerwünscht. Ferner sei sicherzustellen, dass die aufgrund der Neuverteilung der Empfangsgebühren zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel zur Verbesserung des Angebotes, zur Qualitätssicherung und für die verschiedenen Graubünden-spezifischen Bedürfnisse einschliesslich des Tourismus eingesetzt würden. Beim Aktionariat sei dessen ausreichende Verbindung zum Kanton Graubünden sicherzustellen, um die geforderte Authentizität zu gewährleisten. Nach Möglichkeit seien durch eine Zusammenarbeit zwischen Radio und Fernsehen Synergien auszunutzen und schliesslich die bestehende Zusammenarbeit mit der HTW fortzuführen.

Revision UVP

In Anlehnung an die Stellungnahme von Seilbahnen Schweiz wurde festgestellt, eine UVP könne ein geeignetes Mittel für umweltverträgliches Bauen und die Erhaltung einer intakten Landschaft sein, weshalb die vorgeschlagene Verfahrensvereinfachung sehr begrüsst werde. Abgelehnt wurde indessen eine generelle UVP-Pflicht für sämtliche konzessionierten Seilbahnen, weil dies impliziere, Seilbahnen seien grundsätzlich umweltschädlich, obwohl sie gar keine Immissionen verursachen. Sodann wurde eine Koordination und Verkürzung der Behandlungsfristen verlangt. Und letztlich wurde gewünscht, dass die begrüßenswerte Erhöhung der Anzahl Parkplätze für ein UVP-Verfahren den Anschluss der Seilbahnen an den öffentlichen Verkehr nicht verhindern soll.

Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

In Anlehnung an den Schweizerischen Arbeitgeberverband wurde eine leistungsfähige, finanziell gesunde Arbeitslosenversicherung als notwendig erachtet, weshalb sowohl Beitrags- wie insbesondere auch Leistungskorrekturen ebenso begrüsst wurden wie die Vorschläge zur Elimination falscher Anreize gemäss Vernehmlassungsentwurf. Sollte eine Beitragserhöhung unumgänglich sein, müsste diese auf insgesamt 0,2% begrenzt werden. Damit sei zum einen eine ausgeglichene Betriebsrechnung erzielt und andererseits ein Beitrag an den Schuldenabbau geleistet. Abgelehnt wurde

auch die Flexibilitätsklausel, welche dem Bundesrat zusätzliche Kompetenzen für Beitragsveränderungen einräumen würde.

Einführung zertifizierter Entsendebetriebe im grenznahen Verkehr

Im Rahmen des Vollzugs der flankierenden Massnahmen muss bei entsandten Arbeitnehmern sowie selbständigen Dienstleistungserbringern die Ausübung der Dienstleistung acht Tage vor Ausübung gemeldet werden. Im Verkehr mit den neuen EU-Staaten mag diese Regelung aufgrund der räumlichen Distanz praktikabel sein, im grenznahen Verkehr erweist sie sich jedoch als untauglich, indem kurzfristig auszuführende Arbeiten, wie sie für die grenznahe wirtschaftliche Zusammenarbeit kennzeichnend sind, massiv behindert werden. Im Lichte dieser Problematik hat die IHK Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell ein Konzept für die Vereinfachung des Vollzugs der flankierenden Massnahmen im grenznahen Verkehr durch die Einführung zertifizierter Entsendebetriebe erarbeitet. In einer Eingabe an das Industrie-, Gewerbe- und Arbeitsamt Graubünden wurde dieses Konzept unterstützt.

Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)

Die mit der Änderung des UWG verbundene Absicht, griffigere Massnahmen gegen unlautere Geschäftsmethoden wie Registerbetrügereien, Schneeball-

systeme, missbräuchliche allgemeine Geschäftsbedingungen zu erlassen und das Klagerecht des Bundes zu erweitern, wurden unterstützt, weil die Lauterkeit des Wettbewerbs mit der Stärkung des marktwirtschaftlichen Systems untrennbar verbunden sei. Notwendig sei indessen auch eine effizientere Rechtsdurchsetzung über die Landesgrenzen hinweg. Dass die Preisbekanntgabepflicht für zahlreiche Dienstleistungen nicht gelte, sei aus Gründen der Preis- und Markttransparenz nur schwer nachvollziehbar, weshalb die Pflicht zur Preisbekanntgabe der letzteren zu unterstützen sei.

Revision des Bundespersonalgesetzes

In Anlehnung an die Stellungnahme des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes wurden die vorgeschlagenen Änderungen und damit die beabsichtigte Angleichung an die privatrechtlichen Arbeitsverhältnisse grundsätzlich unterstützt, insbesondere auch der Verzicht auf die Aufzählung der Kündigungsgründe. Als richtig erachtet wurde auch der Wegfall der Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung bei einer nicht gerechtfertigten Kündigung. Die Verpflichtung zur Unterstützung des beruflichen Fortkommens bei einer Kündigung ohne Verschulden des Arbeitnehmers wurde abgelehnt, ebenso die Spanne der möglichen Entschädigung bei einer gutgeheissenen Beschwerde gegen eine Entlassung, welche auf maximal sechs Monatslöhne, wie im Privatrecht, beschränkt werden müsste.



VERNEHMLASSUNGEN KANTON GRAUBÜNDEN

Teilrevision des Steuergesetzes

Die Revisionsvorlage wurde grundsätzlich positiv aufgenommen und mit Befriedigung festgestellt, dass diversen Anliegen gemäss früheren Eingaben – Reduktion der Vermögenssteuer, der Gewinnsteuer, Entlastung höherer Einkommen der natürlichen Personen, Erleichterung der Nachfolgeregelung – grösstenteils, wenn auch nicht im gewünschten Ausmasse, Rechnung getragen und damit ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Stärkung der im Kanton ansässigen Unternehmen gemacht wurde. Für die Nichtberücksichtigung der Reduktion der Kapitalsteuer, an welcher wir grundsätzlich festhielten, brachten wir angesichts der Wirtschaftssituation und der Problematik der Kraftwerkbesteuerung Verständnis auf. Gleichzeitig wurde bedauert, dass die entsprechenden Einsparungen in Höhe von ca. CHF 20 Millionen nicht wenigstens für eine weitere Reduktion der Gewinnsteuern verwendet wurden. Mit Blick auf die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III wurde darauf verzichtet, im Moment weitergehende Forderungen zu stellen. Festgehalten wurde aber an der Zielsetzung einer weiteren steuerlichen Entlastung der Wirtschaft, in erster Priorität der Reduktion der Gewinnbesteuerung auf 4,5%, in zweiter Priorität der Reduktion der Vermögenssteuern auf 1,5% und zu gegebener Zeit im Sinne einer dritten Priorität

eine Entlastung bei der Kapitalsteuer. In der Reduktion der Vermögenssteuer sahen wir ein USP für unseren Kanton zur Ansiedlung von vermögenden Personen. Die Einführung eines proportionalen Gewinnsteuersatzes erachteten wir als weit effizienter als von anderer Seite verlangte Konjunkturförderungsmaßnahmen, insbesondere auch für die Exportwirtschaft. Als ausgewiesen schien uns der Abzug für Kinderbetreuungskosten, dies auch als soziale Abfederung der Vorlage.

Teilrevision des Gesetzes über die Graubündner Kantonbank

Einleitend wurde festgestellt, die GKB habe es mit den bestehenden Strukturen geschafft, mit der Beschleunigung, Intensivierung und Reglementierung des Wettbewerbs fertig zu werden und dabei als an der Börse kotiertes Unternehmen die Transparenz massiv auszubauen. Sie sei gut kapitalisiert, verfüge über ein ausgesprochen treues Kundensegment und gute Mitarbeiter. Der Anpassungsprozess werde aber weitergehen, weshalb sich eine zeitgemässe Kontroll- und Leistungsstruktur für die GKB als unumgängliches Erfolgskriterium im verschärften Wettbewerb erweise. Die heute von der Regierung beantragten Änderungen seien von den Dachorganisationen der Wirtschaft nahezu vollständig schon vor zehn Jahren gefordert worden. Schon damals sei kritisiert worden, mit den getroffenen Massnahmen werde wichtigen Kriterien wie Leistungsorientierung, Flexibilität, rasch ändernde Verhältnisse, Ent-

politisierung oder Marktanpassung zu wenig Rechnung getragen. Vor diesem Hintergrund wurde die Wahl des Bankrates sowie die Genehmigung von Jahresrechnung und Jahresbericht durch die Regierung statt durch den Grossen Rat unterstützt, weil sie aufgrund ihrer Organisation besser in der Lage sei, die anspruchsvolle Eigentümerfunktion und insbesondere ihre Kontrollfunktion wirksam wahrzunehmen. Auch die Verkleinerung des Bankrates und die Aufhebung des Bankratsausschusses wurden als richtig erachtet. Beanstandet wurden ungenügende Überlegungen zur Eignerstrategie des Kantons, zur Überführung in eine andere Rechtsform oder zur möglichen Privatisierung.

Neuer Finanzausgleich

Die grundlegende Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden wurde als erforderlich erachtet, ebenso die strategischen Hauptziele zur Stärkung der Gemeinden (Umbau des Finanzausgleichs, Erhöhung des Handlungsspielraumes der Gemeinden, möglichst weitgehende Aufgabenentflechtung, Abbau von Fusionshemmnissen). Allerdings wurde verlangt, dass mehr Anreize für die interkommunale Zusammenarbeit bis hin zur Fusionierung von Gemeinden geboten würden. Wünschbar wären zusätzlich Durchgriffsmöglichkeiten zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Unterstützt wurde auch die vorgeschlagene Aufgabe der Zuschlagssteuer bzw. der Rückgabe



des Steuerfusses der juristischen Personen an die Gemeinden und eine Beschränkung der Abweichung der letzteren auf 50% des Steuerfusses der natürlichen Personen. Das Konzept des Ressourcenausgleichs in der von der Regierung vorgeschlagenen Form wurde ebenso unterstützt wie der geografisch-topografische Lastenausgleich und der Lastenausgleich Soziales und Teilentflechtung. Beim individuellen Härteausgleich für besondere Lasten wurde eine Befristung auf acht Jahre als zu lang erachtet. Abschliessend wurde zur Aufgabenentflechtung kritisiert, die heutige Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Regionalorganisationen sowie dem Kanton in der Wirtschaftsentwicklung berge Konfliktstoff und sei nicht optimal. Zwar sei von einer zentralistischen Führung der Wirtschaftsförderung abzusehen, der ganze Back-Office-Bereich müsste aber zentral über das AWT gesteuert werden können. Hier wäre auch die Fachstelle anzusiedeln, welche direkten Zugriff auf die kantonale Verwaltung habe und auch über die entsprechenden Kompetenzen verfügen müsste.

Gesetz über den Wasserbau im Kanton Graubünden

Die Bestrebung, den im Dienste des Hochwasserschutzes stehenden kantonalen Wasserbau in einem einzigen und übersichtlichen kantonalen Wasserbaugesetz darzustellen, wurde begrüsst. Es sei richtig, die Kompetenzen unverändert zu lassen und dem Kanton unterstützende, koordinierende

und aufsichtsrechtliche Aufgaben zuzuweisen. Beim Zweck und Geltungsbereich des Gesetzes wurde eine klarere Formulierung verlangt, um den Anschein zu vermeiden, sämtliche der Wasserkraftnutzung dienenden Gewässer seien ausgeschlossen. Da der Hochwasserschutz mehrheitlich Gemeindeaufgabe bleibe, sei es in Zusammenhang mit der Wasserkraftnutzung wichtig, dass nicht sämtliche davon betroffenen Gewässer vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen blieben.

Ausgestaltung der erstinstanzlichen Zivil- und Strafrechtsbarkeit in Graubünden (Aufgabenentflechtung bei der Justiz)

Da die Frage der richterlichen Kompetenzen nicht von spezifisch wirtschaftspolitischer Tragweite ist, wurde auf eine detaillierte Äusserung verzichtet und die Vorlage unter dem Aspekt der Neuordnung der Staatsstrukturen, insbesondere dem Abbau von Staatsebenen, beurteilt. Dabei erachteten wir es als richtig, die Umsetzung der schweizerischen Straf- und Zivilprozessordnung für eine Neuregelung der Aufgabenverteilung innerhalb des Kantons zum Anlass zu nehmen. Aber auch zur Professionalisierung sei es sicherlich zweckmässig, die richterlichen Kompetenzen im Kanton zu vereinfachen und auf die Bezirksgerichte zu übertragen. Eine solche Reorganisation bilde unabdingbare Voraussetzung dafür, zu einem späteren Zeitpunkt weitere Strukturveränderungen bei der Aufgabenzuteilung auf die

verschiedenen Staatsebenen vorzunehmen. In diesem Sinne wurde die vorgeschlagene grundsätzliche Neuausgestaltung der Gerichtsbarkeit im Kanton positiv aufgenommen. In materieller Hinsicht wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, dass nicht sämtliche strafrichterlichen Aufgaben, soweit dies gemäss der übergeordneten Bundesgesetzgebung möglich wäre, auf die Bezirksgerichte übertragen wurden. Ein System, bei welchem die Untersuchungsbehörde auch gleich das Urteil spreche, sei wenig geeignet, das Vertrauen der Bürger in die Justiz zu stärken.

Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen und der Abzüge für Kinder im Vorschulalter und Kinder in Ausbildung

Die mit dem Auftrag Cavigelli implizit verlangte Erhöhung der Familienzulagen um CHF 100.– wurde strikte abgelehnt. Auch die von der Regierung vorgeschlagene Lösung mit einer Erhöhung um CHF 20.– sei für die Wirtschaft aus Kostengründen kaum verkraftbar, weil sie zu erheblichen Mehrbelastungen führen werde. Zudem sei nicht nachvollziehbar, dass bei der erstmaligen Inkraftsetzung der eidgenössischen Einheitssätze bereits über diese hinausgegangen werden soll, dies umso mehr, als die Familienzulagen in den letzten Jahren überproportional und weit über der Teuerung angepasst worden seien. Die von der Regierung vorgesehenen Erhöhungen könnten akzeptiert werden, wenn die künftigen Rahmenbedin-

gungen für die Familienzulagen und die privaten Ausgleichskassen im Sinne von klaren und verbindlichen Leitplanken festgelegt würden. Danach dürften reale Erhöhungen nur noch dann vorgenommen werden, wenn sich der Kanton Graubünden im Quervergleich zu anderen Kantonen im letzten Drittel befinde, andernfalls sei nur die Teuerung periodisch auszugleichen. Zudem müsse bei der Anpassung der Zulagen auch auf die finanzielle Lage der Verbandskassen Rücksicht genommen werden. Sodann wurde der Verzicht auf die obligatorische und freiwillige Unterstellung aller selbständig Erwerbenden verlangt und eine Verpflichtung der Regierung, wie bisher aus dem Lastenausgleichsfonds keine Mittel für die kantonale Kasse zu entnehmen.

Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2009 bis 2012

Der Bericht wurde grundsätzlich sehr positiv aufgenommen, weil sich auch die strategischen Ziele im Bereiche «Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit» und im Besonderen die geplanten steuerlichen Massnahmen – Reduktion der Gewinnsteuer, der Kapitalsteuerbelastung sowie der Vermögenssteuerbelastung – mit der Haltung der Wirtschaft deckten. Gleichwohl gäben einzelne Entwicklungsschwerpunkte zu Bemerkungen Anlass. Der Konzentration auf eigene Stärken im wirtschaftlichen Wettbewerb wurde uneingeschränkte Unterstützung gezollt, aber beanstandet, dass mit den

Entwicklungsschwerpunkten lediglich zum einen auf die neue Regionalpolitik eingegangen werde und zum andern unter dem Entwicklungsschwerpunkt Wirtschaftswachstum nur Grossveranstaltungen, Med-Tourismus, Holzwirtschaft und Landwirtschaft als Potentiale gesehen würden. Das für den Kanton notwendige Wachstum könne nur im Bündner Rheintal generiert werden. Deswegen sei als weiterer Entwicklungsschwerpunkt die Stärkung der Wirtschaftsentwicklung im Bündner Rheintal vorzusehen. Dies unter anderem durch gezielte Ansiedlung von genau definierten, erwünschten neuen Industriebetrieben (z.B. hoch technologisierte Unternehmen wie CEDES, Hamilton etc.) sowie durch die Bildung von «kleinen Clustern» und Wertschöpfungsketten (z.B. im Holzbereich). Sodann wurde auf die Problematik der warmen Betten und Zweitwohnungen im Bereiche der künftigen Tourismusentwicklung hingewiesen, welche unter Nennung der dort anvisierten Ziele in Entwicklungsschwerpunkten mit entsprechenden Massnahmen ebenfalls im Bericht Aufnahme finden sollte. Dabei seien nicht die Zweitwohnungen das eigentliche Problem, sondern die sogenannten kalten Betten. Es dürfe nicht übersehen werden, dass Zweitwohnungen in gewissen, vor allem potentialarmen Räumen, wohl die einzige Möglichkeit zur Rettung der vorhandenen Bausubstanz vor dem Verfall seien. Ebenso wurde beanstandet, dass jegliche Aussage zur Bildung von Resorts fehle.

Abstimmungen

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

	Parole	Resultat CH		Resultat GR
24. Februar 2008				
Volksinitiative vom 3. November 2005 «Gegen Kampfjet-Lärm in Tourismusgebieten»	Nein	68,1%	Nein	69,67% Nein
Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreform- Reformgesetz II)	Ja	50,5%	Ja	57,66% Ja
Kantonale Volksinitiative «Grosser Rat: 80 sind genug»	Nein			50,91% Nein
1. Juni 2008				
Verfassungsartikel vom 21. Dezember 2007 «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»	Keine	69,5%	Nein	65,83% Nein
Volksinitiative vom 18. November 2005 «Für demokratische Einbürgerung»	Keine	63,8%	Nein	65,14% Nein
Volksinitiative vom 11. August 2004 «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»	Keine	75,2%	Nein	76,87% Nein
30. November 2007				
Volksinitiative vom 11. Mai 2006 «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz»	Ja	66,0%	Nein	67,75% Nein
Volksinitiative vom 28. März 2006 «Für ein flexibles AHV-Alter»	Nein	58,6%	Nein	65,1% Nein
Volksinitiative vom 1. März 2006 «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»	Keine	51,9%	Ja	53,55% Ja
Volksinitiative vom 13. Januar 2006 «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»	Keine	63,3%	Nein	61,25% Nein
Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmoni- sierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat)	Ja			56,72% Nein

DACHORGANISATIONEN DER WIRTSCHAFT GRAUBÜNDEN

Gemeinsamer Bericht von Bündner Gewerbeverband und Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden



Durch die Zusammenführung der Geschäftsstellen der Verbände ist der regelmässige Gedankenaustausch vertieft und die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsführern intensiviert worden. Die Durchführung von gemeinsamen Anlässen, Vernehmlassungen oder Positionierungen in der Öffentlichkeit verstärken das Gewicht der Stimme der Wirtschaft. Die Bündner Regierung schätzt diese enge Zusammenarbeit. Sie hat die Dachorganisationen im Frühling zum elften aufeinanderfolgenden Mal zu einer gegenseitigen Aussprache eingeladen. Im Zentrum standen bei dieser Diskussion die Förderung des Wirtschaftswachstums mit Impulsen gemäss Regierungsprogramm 2009–2012 und die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

Wachstumspolitisches Manifest

Aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Vorstände ist das Wachstumspolitische Manifest der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden, das der Regierung am 12. November übergeben wurde, lanciert worden. Dieses Manifest ist aus der Erkenntnis entstanden, dass die konjunkturelle Entwicklung der ver-

gangenen Jahre in Graubünden zwar positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte (Tourismus, Zweitwohnungswirtschaft, Industrie), wonach sich die Wettbewerbsfähigkeit aber kaum verbessert hat. Ein Vergleich mit anderen Kantonen und Nachbarregionen zeigt, dass sich die Position für Graubünden trotz gesunder Kantonsfinanzen und Anstrengungen in vielen politischen Bereichen verschlechtert hat. Die Bündner Wirtschaft ist nur langsam gewachsen. Einzig das Bündner Rheintal erreicht ein Wachstum, das annäherungsweise dem Schweizer Durchschnitt entspricht. Die meisten Bündner Regionen schrumpfen, die ausländischen Nachbarregionen holen bezüglich Wirtschaftskraft gegenüber Graubünden auf. Die Standortattraktivität ist aufgrund einer Studie der Credit Suisse schlecht. Zwar sind zwei Steuerreformen in dieser Studie noch nicht enthalten, sie werden eine Verbesserung bewirken. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass seit den Änderungen in Graubünden andere Kantone bereits weitere und zusätzliche Massnahmen zur Reduktion der Steuern eingeleitet haben. Besonders schwerwiegend fällt ins Gewicht, dass die Geburtenrate Graubündens im gesamt-

Seit Juli 2008 sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, hotellerie-suisse Graubünden und Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden – mit ihren Geschäftsstellen in den gemeinsamen Räumlichkeiten Hinterm Bach 40 in Chur platziert.

schweizerischen Vergleich sehr niedrig ist. Es ist zu erwarten, dass sich die daraus ergebenden demografischen Veränderungen in den nächsten Jahren besonders in peripheren Regionen sehr negativ auswirken werden. Die sich anbahnende konjunkturelle Baisse könnte sich für Graubünden fatal auswirken, da in verschiedenen Politikbereichen der Wachstumsaspekt bisher vernachlässigt oder nicht ausreichend beachtet wurde. Klar ist aber, dass sich Graubünden in Zukunft als eigenständiger Wirtschafts- und Wohnortstandort nur positionieren kann, wenn eine wachsende oder zumindest konstante Bevölkerungszahl erreicht wird. Wird dieses Ziel aufgegeben, werden Infrastruktur- und Haushaltkosten steigen, die Abwanderung beschleunigt und eine offensive Standortpolitik verunmöglicht.

Zusammen mit dem Wirtschaftsforum Graubünden sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden zum Schluss gelangt, dass ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens zwei Prozent notwendig ist, um Arbeitsplätze sicherzustellen und genügend Leute anzuziehen. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, muss die Politik attraktivere Rahmenbedingungen schaffen und eine Wirtschaftspolitik einleiten, die echte Impulse gibt. Im Wirtschaftspolitischen Manifest fordern die Dachorganisationen eine dreiteilige Wachstumsstrategie, die erstens auf der Erhöhung des finanziellen Spielraums der öffentlichen Hand beruht, zweitens auf einer Ver-

besserung der Standortvoraussetzungen und drittens auf der Durchführung gezielter Wachstumsinitiativen. Im Bereich der Erhöhung des finanziellen Spielraums müssen weitere mögliche Sparpotenziale ausgeschöpft und mögliche zusätzliche Finanzierungsquellen für den Staatshaushalt erschlossen werden. Im Manifest werden konkrete Beispiele aufgeführt. Die Verbesserung der Standortvoraussetzungen fordert eine Umsetzung einer Tiefsteuerstrategie, eine potenzialorientierte Verkehrs- und Standortpolitik, die Stärkung des regionalen Arbeitsmarktes und eine Förderung der urbanen Lebensqualität. Das Manifest erläutert die Forderungen mit konkreten Umsetzungsbeispielen. Gezielte Wachstumsinitiativen durchzuführen, bedeutet verbesserte Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von vermarktungsfähigen und rentablen Beherbergungskapazitäten, den Aufbau von Vermarktungsstrukturen, Schaffung von Voraussetzungen für die Ansiedlung von exportorientierten Betrieben oder die Optimierung und den Ausbau der Energieproduktion und des Energiehandels. Das Manifest erläutert auch diesbezüglich anhand konkreter Beispiele was zu tun ist. Insgesamt fordern die Dachorganisationen die Politik auf, die Voraussetzungen zu schaffen, um ein Wachstumspaket zu schnüren. Parlament, Regierung, Gemeinden, Kanton, Politik und Wirtschaft sind aufgerufen, in dieser für Graubünden derart bedeutungsvollen Sache am gleichen Strick zu ziehen.

Wirtschaftsperspektiven für die Stadt Chur

Mit Unterstützung der Graubündner Kantonalbank, des Amtes für Wirtschaft und Tourismus Graubünden und der Stadt Chur haben die Dachorganisationen von der HTW Chur einen Bericht zu den Wirtschaftsperspektiven für die Stadt Chur als Zentrum des Bündner Rheintals ausarbeiten lassen. Die von Prof. Dr. Peter Moser und Ciril Eichholzer verfasste Studie analysiert die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Chur. Sie stellt Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung für Chur als Zentrum des Bündner Rheintals für die nächsten 10 bis 15 Jahre dar. Die Studie ist zu bekannnten, aber auch sehr überraschenden Schlüssen gekommen. Insbesondere zeigt sie aber auf, dass sich in Chur einiges bewegen muss.

Aus Sicht der Dachorganisationen muss Chur gezielt koordiniert und mit wertschöpfungsintensiven Betrieben wachsen. Dabei wird es für grosse, flächenintensive Betriebe oder solche mit Emissionen keinen Platz haben. Chur muss sich zum Dienstleistungszentrum für Dienstleistungsexporte entwickeln. Die Verdrängung der Unternehmen in den gemischten Zonen durch Wohnbauten ist zu stoppen. Derzeitige und künftige Landreserven aus dem ehemaligen Armeeareal sind für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung verfügbar zu machen respektive zu reservieren. Zur Erreichung des im gesamtwirtschaftlichen Interesses des Kantons notwendigen Wertschöp-

fungswachstums müssen gezielt eigentliche «Wirtschaftsmotoren» angesiedelt werden. Gesucht sind Betriebe mit hoher Wertschöpfung, saubere Betriebe mit wenig Landverschleiss, dank welchen eine eigentliche Wertschöpfungskette mit vor- und nachgelagerten Betrieben aufgebaut werden kann. Sodann soll sich Chur einerseits als Basisstation für den Tourismus entwickeln. Andererseits soll Chur zu einer Plattform für Dienstleistungen mit einer spezialisierten, wissensintensiven und platzsparenden Industrieproduktion werden, was auch aus touristischer Sicht zu Wertschöpfung führen wird. Mit der Positionierung der Stadt Chur als Einkaufsort und als ganzjähriger Marktplatz sowie mit der Investition in überregionale Attraktionen in den Bereichen Kultur und Sport können und dürfen die zur Zeit verfügbaren Hotelzimmer den Bedarf mittelfristig nicht decken, zumal eine Positionierung von Chur als Plattform für Exportleistungen eine weitere Nachfrage generieren müsste.

PULS

Die Graubündner Kantonalbank, die Südostschweiz, das Kantonale Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Bündner Gewerbeverband, die Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden und der Hotelleriesuisse Graubünden sind seit 1997 gemeinsame Herausgeber der Wirtschaftspublikation «PULS», die den Zweck hat, die Bündner Wirtschaft und weitere interessierte Kreise mit relevanten, volkswirtschaftlichen Daten und Informati-

onen zu bedienen. Die Ausgabe vom Juni befasste sich zur Hauptsache mit dem Thema zur Personenfreizügigkeit und wertete die Bilateralen Verträge aus einer gesamtwirtschaftlichen, aber auch aus einer speziell bündnerischen Sicht. Im November erschien die zweite Ausgabe unter dem Titel «Aufbruch im Bündner Tourismus – jetzt erst recht». Die Ausgabe liess prominente Touristiker wie Thorvald Sverdrup, Leo Jeker, Thomas Bieger oder Reto Gurtner zu Wort kommen. Zudem befasste sie sich mit der Reform der Tourismusstrukturen und zeigte den noch grossen Handlungsbedarf auf.

Der PULS-Anlass, der regelmässig am Jahresende stattfindet, musste aus terminlichen Gründen auf März 2009 verschoben werden. Referent war FIFA-Präsident Sepp Blatter, der zum Spannungsfeld Wirtschaft–Fussball ein unterhaltendes Referat vor vollen Rängen hielt.

Update Wirtschaftsleitbild

Im Zentrum der Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsforum Graubünden stand das Update des Wirtschaftsleitbilds. Gemeinsam mit Vertretern der Bündner Wirtschaft und unter Mitwirkung der Geschäftsführer der in den Dachorganisationen zusammengeschlossenen Verbänden hat das Wirtschaftsforum Graubünden die Stossrichtungen des 2004 veröffentlichten Wirtschaftsleitbildes Graubünden 2010 aus heutiger Sicht überprüft und kommentiert. Die Analysen zeigen, dass die vor fünf Jahren definierten

Stossrichtungen weiterhin ihre Gültigkeit besitzen. Obwohl in einigen Teilbereichen Fortschritte erzielt wurden, hat sich der Reformbedarf seit 2004 aber insgesamt erhöht. Die unter Federführung des Wirtschaftsforums und unter Mitwirkung der Dachorganisationen der Wirtschaft und weiteren Exponenten aus Wirtschaftskreisen formulierten Stossrichtungen sollen nun verdichtet und zu einem Wachstumspaket geschnürt werden. Der Bericht enthält einen Rückblick auf die Entwicklung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Graubünden in jüngster Vergangenheit, nennt die Wachstumspotenziale Graubündens und zeigt auf, wie Potenziale erschlossen werden können.

Zusammenarbeit mit Partnern

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden streben die regelmässige Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen Partnern an. Dazu gehören die Interessengemeinschaft Tourismus (ITG), das Wirtschaftsforum Graubünden, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Graubünden Ferien, der Bündner Bauernverband und viele Bildungsinstitutionen, vorab die HTW, die IBW und die gewerblichen und kaufmännischen Schulen. In vielen Organisationen sind die Dachorganisationen der Wirtschaft mit ihren Mitgliedern in den Führungsgremien vertreten. Ihnen allen danken wir für die gute Zusammenarbeit.

VERBANDSAKTIVITÄTEN

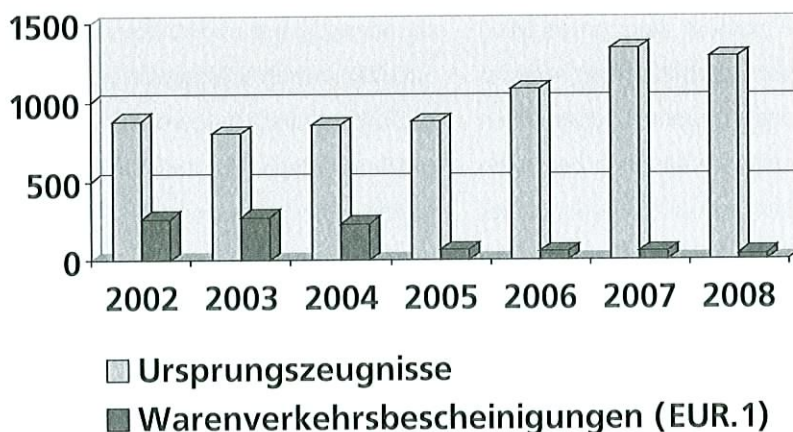
Die Haupttätigkeit des Sekretariates erstreckte sich auch im Berichtsjahr auf die Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an *economiesuisse* sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner gehörte der Sekretär diversen ad hoc gebildeten **Abstimmungskomitees** und **Kommissionen** an, welche wirtschaftspolitisch relevante Themata behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates gehörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen.

Beim **Ursprungszeugnis-Dienst** wurden im Berichtsjahr 1285 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 1334) sowie 42 Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 56) beglaubigt. Die Anzahl Warenverkehrsbescheinigungen ist wegen der Exporterleichterungen für Trockenfleischprodukte seit Jahren rückläufig. Bei den Ursprungszeugnissen und Beglaubigungen war bis Ende September zwar erneut eine Zunahme zu verzeichnen. Allerdings ist die Nachfrage nach Beglaubigungen im Sog der Wirtschaftskrise ab Oktober 2008 drastisch eingebrochen. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.

Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres 479 Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 40 Bergbahnen, 79 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Im Berichtsjahr wurden 3 «HK-News» herausgegeben, in welchen die Mit-

Anzahl Beglaubigungen



glieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten. Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereiche des Exports.



Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu allen relevanten Fragen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern geäussert hat, mit Communiqués bedient.



Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereiche des Exportes, des Arbeitsrechtes sowie der Kontaktvermittlung.

Auch im Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die

Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner des **OSEC-Business-Network Switzerland** erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.

Eine gute Zusammenarbeit pflegen wir als Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden mit dem Bündner Gewerbeverband und hotelleriesuisse Graubünden sowie mit weiteren **Wirtschaftsverbänden** wie Bergbahnen Graubünden, Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG), Graubünden Ferien und dem Wirtschaftsforum Graubünden, in dessen Gremien mehrere Mitglieder unseres Vorstandes mitwirken, sowie mit der Graubündner Zahnärztesgesellschaft (GZG), welche für sämtliche ihr angeschlossenen Zahnärzte Kollektivmitglied unseres Verbandes ist.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für berufliche Ausbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentum Liechtenstein angeschlossen. Das von den Handelskammern gebildete Netzwerk dient der Steigerung von

Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene.

Über die Datenbank **SWISSFIRMS** ist es möglich, unsere Mitglieder nach verschiedenen Kriterien zu selektieren und deren Adressen zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS diverse Dienstleistungen an, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

An der Jahresversammlung der **Permanente Konferenz der italienisch-schweizerischen Grenzzonehandelskammern** wurden wiederum diverse Resolutionen zu grenzüberschreitenden Problemen und Anliegen verabschiedet. Im Mittelpunkt des Anlasses standen Referate und eine Podiumsdiskussion zum Thema «Politische energetische ed energie alternative a confronto». Einem Vorstoss der Handelskammer Graubünden betreffend Behinderung bei der Entsendung von Arbeitskräften nach Italien war insofern Erfolg beschieden, als die Handelskammern Como und Sondrio als Anlaufsstelle für die Entsendung nach Italien bestimmt wurden und ein Vademekum für grenzüberschreitende Dienstleistungen nach Italien ausgearbeitet wurde.

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedsfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden»

im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 12. November 2008 stand ein Referat von Herrn Dr. Christian Hanser, Geschäftsführer Wirtschaftsforum Graubünden, zum Thema «Rede zur Lage Graubündens». Ferner wurde das Wirtschaftspolitische Manifest der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden vorgestellt. Am anschliessenden Wirtschaftsapéro bot sich unseren Mitgliedern und den geladenen Gästen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu drei Sitzungen zusammengetreten. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in die Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Mutationen im Vorstand ergaben sich durch die Demission von Karl Heiz und Josef Wyssling. Durch die Generalversammlung wurden die bisher kooptierten Stefan Berger und Andreas Wieland gewählt und durch den Vorstand Ivo Frei und Roland Jäggi kooptiert.



Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus



Unter dem Vorsitz von Präsident Albin Bisculm trat der Kassenvorstand am 23. Mai 2008 im Hotel Krone in Grüşch zu seiner ordentlichen Jahresversammlung zusammen. Darin behandelte und genehmigte er wie gewohnt die Jahresrechnung 2007, das Budget 2008 sowie den Jahresbericht 2007.

Auch bei unserer Ausgleichskasse wurde das Rechnungsergebnis durch die

Börsenkrise getrübt. Dank Rückstellungen konnten die Rückvergütungen auf den fakturierten Verwaltungskosten des Vorjahres auf 55% belassen werden. Der insgesamt zurückerstattete Betrag beläuft sich auf über CHF 540 000.–.

Beitragswesen

Im Berichtsjahr 2008 sind von unseren Mitgliedern insgesamt CHF 81 435 071.10 an Beiträgen für die AHV-, IV- und EO-Versicherungen abgerechnet worden. Davon entfallen CHF 4 439 621.55 auf Beiträge der Selbständigerwerbenden. Die Beiträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,72% oder um CHF 1 377 362.95 erhöht. Diese Steigerung ist vor allem auf einen erhöhten Mitgliederbestand zurückzuführen. Vor allem aus Abgrenzungsgründen ist die Steigerung relativ gering ausgefallen.

Abschreiben und herabsetzen mussten wir Lohnbeiträge in der Höhe von CHF 214 768.80.

Arbeitslosenversicherung

Die Beitragseinnahmen für die Arbeitslosenversicherung haben sich im 2008 um CHF 615 404.15 auf CHF 14 006 628.20 oder um 4,60% erhöht.

Leistungen werden von unserer Kasse nicht ausbezahlt.

AIV-Beiträge mussten wir CHF 24 468.65 abschreiben.

AHV-Renten

Im Jahr 2008 haben sich die Auszahlungen für ordentliche AHV-Altersrenten auf CHF 60 869 210.– oder um CHF 1 381 302.– erhöht. Hauptgrund für diese Mehrbelastung waren Rentenkorrekturen, welche sowohl Rückforderungen wie auch Nachzahlungen zur Folge hatten.

Unser Aufwand für AHV-Hilflosenentschädigungen betrug im letzten Jahr CHF 652 879.–.

IV-Renten

Für ordentliche Invaliden-Renten haben wir im vergangenen Jahr CHF 7 483 386.– aufgewendet, das ist im Jahresvergleich CHF 573 688.– mehr als im Vorjahr. Diese Erhöhung um 8,30% liegt vor allem an Korrekturbuchungen bei IV-Renten. Der Rentenbestand hat sich unmerklich erhöht.

Ausserordentliche IV-Renten konnten wir CHF 28 726.– vergüten.

Als Aufwand für IV-Hilflosenentschädigungen haben wir CHF 159 131.– verbucht.

IV-Taggelder konnten wir im vergangenen Rechnungsjahr CHF 896 870.50 auszahlen, was einer Zunahme um CHF 182 880.85 entspricht. Da aufgrund der 5. IVG-Revision mehr Abklärungen und Umschulungen nötig sind, hat sich die Zahl der Taggeldbezüger erhöht.

Leistungen der

Erwerbsersatzordnung (EO)

Erwerbsersatz im Militärdienst, Zivilschutz, Jugend + Sport

Im vergangenen Jahr wurden wiederum mehr Dienstage abgerechnet. Deshalb beträgt der Aufwand für Entschädigungen CHF 3 309 982.35 (plus CHF 103 591.90 resp. 3,23%).

Zusätzlich musste der AHV-Fonds Beitragsanteile in der Höhe von CHF 196 707.85 ausgleichen. (Arbeitgeberanteile)

Mutterschaftsentschädigung

Anspruch haben Frauen, die im Zeitpunkt der Geburt des Kindes Arbeitnehmerin oder SE sind oder die arbeitslos sind und ein Taggeld beziehen (könnten) oder die wegen Krankheit resp. Unfall arbeitsunfähig sind. Zudem bedingt eine Auszahlung, dass die Mutter während der neun Monate Schwangerschaft obligatorisch versichert war und mindestens fünf Monate lang eine Erwerbstätigkeit ausgeübt hat. Die Entschädigung be-

trägt während 98 Tagen (14 Wochen) 80% des vor der Niederkunft erzielten Erwerbseinkommens. (höchstens CHF 172.– pro Tag)

Während des Jahres 2008 haben wir an 75 Personen Leistungen in der Höhe von CHF 797 989.– ausgerichtet. (plus CHF 44 331.30)

Zusätzlich musste der AHV-Fonds Beitragsanteile in der Höhe von CHF 47 450.– ausgleichen.

Kantonale Familienausgleichskasse Graubünden

Seit dem Jahr 2007 betragen die allgemeinen Kinderzulagen CHF 195.00 pro Kind und Monat und für in Ausbildung befindliche Jugendliche ab dem 16. Altersjahr CHF 220.–. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1. Januar 2004 1,8% der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 haben unsere Mitglieder CHF 12 367 205.80 an Beiträgen abgerechnet, das sind CHF 118 432.75 mehr als im Vorjahr. (plus 0,97%)

An Leistungen haben wir CHF 11 605 266.95 vergütet oder CHF 121 697.40 weniger als im Jahr zuvor. (minus 1,05%)

Kantonale Familienausgleichskasse Glarus

Die Kinderzulagen wurden auf den 1. Januar 2008 pro Kind und Monat für alle Kinder auf CHF 200.– erhöht. Der Beitragssatz von 1,9% von der

AHV-pflichtigen Lohnsumme blieb unverändert.

Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder CHF 907 806.90 an Beiträgen abgerechnet (plus 16,67%).

Leistungen konnten wir CHF 888 457.75 vergüten (plus 21,34%).

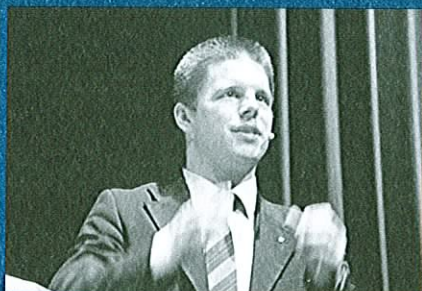
Verwaltungskostenbeiträge

Im vergangenen Rechnungsjahr 2008 konnten wir einen kleinen Gewinn erzielen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Kursverluste beim Kapital direkt an die Reserven verbucht wurden.

Der Gewinn ist vor allem auf etwas höhere Einnahmen bei den Verwaltungskosten zurückzuführen.

Technische Durchführung

Im vergangenen Jahr haben wir die neue Sozialversicherungsnummer eingeführt und dabei über 15 000 neue Ausweise erstellt. Ebenfalls mussten wir das neue vereinfachte Abrechnungsverfahren gemäss BGSA umsetzen. Unser Mitgliederbestand ist um 62 Mitglieder auf insgesamt 1227 Mitglieder weiter gestiegen. Dazu kommen 77 Nichterwerbstätige, welche mit unserer Ausgleichskasse abrechnen.



VERBANDSRECHNUNG 2008

Bilanz

Konto	Bilanz per 31.12.2008		Bilanz per 31.12.2007		Abweichungen
	Aktiven	Passiven	Aktiven	Passiven	
1000 Kassa	150.50		486.80		-336.30
1010 PC Chur	115 523.70		110 253.56		5 270.14
1020 GKB Chur Sparkonto	2 379.84		27 150.19		-24 770.35
1025 UBS Chur Sparkonto	13 375.99		13 300.19		75.80
1040 GKB Chur	5 721.35		6 357.30		-635.95
1045 CS Chur Sparkonto	1 040.62		1 030.32		10.30
1050 Wertschriften	241 308.00		162 958.00		-78 350.00
1052 Debitoren	37 731.39		54 764.44		-17 033.05
1055 Trans. Aktiven	258.25		105.65		152.60
1060 ESTV Bern, Vst.	1 532.55		1 125.50		407.05
1070 Bücher	1.00		1.00		0.00
1080 Qualitätsschutzmarke	1.00		1.00		0.00
2000 Kreditoren		24 187.70		22 815.00	-627.30
2050 Rückstellungen		0.00		50 000.00	-50 000.00
2090 Trans. Passiven		6 000.00		0.00	6 000.00
2100 Verbandskapital		390 836.49		304 718.95	86 117.54
Total	419 024.19	419 024.19	377 533.95	377 533.95	

Verwaltungsrechnung

Konto	2008		2007		Abweichungen
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	
Verbandserträge					
3000 Mitgliederbeiträge		119 974.40		118 728.00	1 246.40
3010 Beglaubigungen		91 549.80		111 132.20	-19 582.40
3050 Sekretariatsentschädigung		20 000.00		19 400.00	600.00
3100 Diverse Einnahmen		1 270.99		1 052.69	618.30
Verwaltungskosten					
5000 Saläre	74 841.00		75 204.00		-363.00
5070 Sozialkosten	17 903.65		19 291.15		-1 387.50
6000 Büromiete	3 600.00		3 600.00		0.00
6500 Büromaterial/Drucksachen	14 783.30		17 450.50		-2 667.20
6510 Porti, Telefon	5 295.60		6 188.70		-893.10
6520 Abonnemente	2 202.40		2 534.65		-332.25
6540 Formulare	688.65		0.00		688.65
6599 Steuern	1 287.00		996.00		291.00
Werbung/Repräsentation					
6600 Inserate und Werbung	11 799.65		5 684.30		6 115.35
6620 Beiträge	27 140.85		24 945.05		2 195.80
6630 Öffentlichkeitsarbeit	17 759.25		0.00		17 759.25
6660 Sitzungs-/Reisespesen	10 060.80		7 367.70		2 693.10
6670 Veranstaltungen	4 628.00		7 963.85		-3 335.85
6700 Diverse Ausgaben	8 329.80		8 941.85		-612.05
Finanzerfolg					
6800 PC-/Bankspesen	980.00		1 634.20		-654.20
6850 Zinsertrag		4 622.30		3 222.48	1 399.82
Ergebnis 2008	36 117.54		71 723.42		-35 605.88
Total	237 417.49	237 417.49	253 525.37	253 535.37	

Revisorenbericht 2008

Bericht der Revisionsstelle an die Mitgliederversammlung der Handelskammer und Arbeitgeberverband GR, 7000 Chur

Als Rechnungsrevisoren haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Verwaltungsrechnung) der Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur, für das am **31. Dezember 2008** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.


Unsere Prüfung erfolgte nach anerkannten Grundsätzen, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.


Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Chur, 14. September 2009

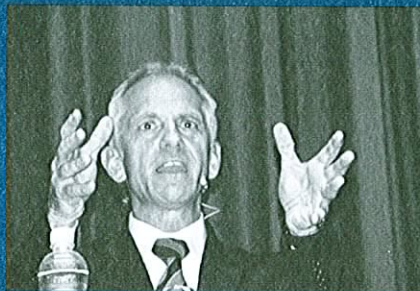
Die Rechnungsrevisoren:


Beda Capol
Dipl. Wirtschaftsprüfer

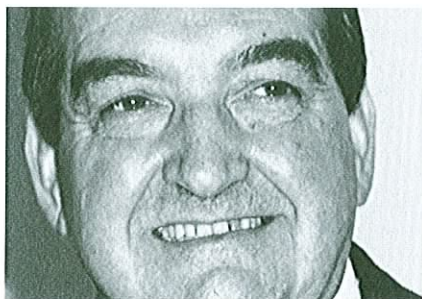

André Thomas

Beilage:

- Jahresrechnung 2008
(Bilanz und Verwaltungsrechnung)



Verbandsorganisation 2008



VORSTAND

EHRENMITGLIEDER

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld	seit 1966
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.	seit 1987
Otto Beck, Zizers	seit 1990



VON DER GENERALVERSAMMLUNG GEWÄHLT

a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems, Präsident	seit 1993
von Navarini Elsbeth, Unternehmensberatung, Chur, Vizepräsidentin	seit 1995
Jeker Leo, Savognin Bergbahnen AG, Landquart, Vizepräsident	seit 1987

b) Mitglieder

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur	seit 2000
Belloli Edy, Ferriere Belloli SA, Grono	seit 1987
Benz Hansruedi, Fleischtrocknerei Churwalden AG, Churwalden	seit 2002
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla	seit 2004
Bontognali Livio, Coop Ostschweiz, Gossau	seit 1997
Caprez Christoph, Frostag Food-Centrum AG, Landquart	seit 2002
Lebrument Hanspeter, Südostschweiz Mediengruppe AG, Chur	seit 1996
Monsch Rico, Graubündner Kantonalbank, Chur	seit 1995
Schnoz Christian, Schnoz AG, Disentis	seit 1987
Strolz Peter, Strolz Mechanik, Fideris	seit 2000
Wieland Andreas, Hamilton Bonaduz AG, Bonaduz	seit 2004
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide	seit 2000

VOM VORSTAND GEWÄHLT

Dudli Heinz, Toscano AG, Chur	seit 2005
Frei Ivo, deep AG, Chur	seit 2008
Jäggi Roland, Kuoni Transporte AG, Chur	seit 2008
Müller Reto, Caviezel AG, Davos	seit 2006
Truffer Pius, Hotel Therme Vals, Vals	seit 2007

KOMMISSIONEN

VEU (Verkehr, Energie und Umwelt)

Belloli Edy, Jeker Leo, Locher Ludwig

ASBIK (Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation)

Dr. Attinger Bruno, Bontognali Livio

TOURBO (Tourismus, Boden, Planung, Land- und Forstwirtschaft)

Müller Reto, Jeker Leo, Monsch Rico, Schnoz Christian

FIWIS (Finanzen, Wirtschaft, Steuern)

Dr. Attinger Bruno, Locher Ludwig, von Navarini Elsbeth



RECHNUNGSREVISOREN

Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol, Nold & Partner AG, Chur

seit 2002

André Thomas, Müntener & Thomas

Personal- und Unternehmensberatung AG, Chur

seit 2002

Stellvertreter

Marc Eckold, Eckold AG, Trimmis

seit 2002



SEKRETARIAT

Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur

seit 1985

Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Chur

Sinaida Schlegel-Foresta, Chur

Lorella Kessler, Chur

DELEGATIONEN

Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie

Ludwig Locher, Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Leo Jeker, Jürg Poppel, Christian Schnoz, Mitglieder

Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG)

Leo Jeker, Präsident

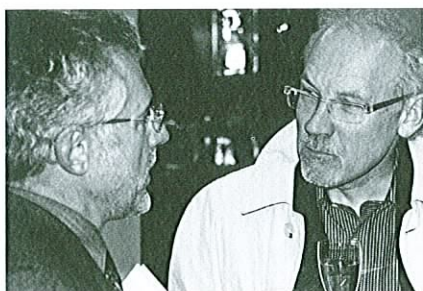


Kreisprüfungskommission Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle (Manor)

Schulrat Kaufmännische Berufsschule Chur

Dr. iur. Marco Ettisberger, Elvira Knecht (GKB), Dr. med. dent. Christoph Loher (Graubündner Zahnärztesgesellschaft)



Interessengemeinschaft kaufmännische Grundausbildung Graubünden (IGKG)

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident

Hochschulrat Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Ludwig Locher, Präsident; Hanspeter Lebrument

Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)

Ludwig Locher

Institut für berufliche Weiterbildung (IBW)

Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

Fachbeirat KMU-Zentrum

Dr. iur. Marco Ettisberger

Programmkommission Radio Grischa, Radio Piz und Tele Südostschweiz

Leo Jeker

Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen

Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

Koordinationsgremium für die KMU-Politik

Christoph Caprez

Kantonales Einigungsamt

Dr. iur. Marco Ettisberger

Redaktion «Puls»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Markenrat «graubünden»

Dr. iur. Marco Ettisberger, Christian Morf (Ems Chemie AG)

Arbeitsgruppe «Update» Wirtschaftsleitbild Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Wirtschaftsforum Graubünden

Karl Heiz, Leo Jeker, Hanspeter Lebrument, Ludwig Locher, Elsbeth von Navarini

Internationale Regierungskommission «Alpenrhein»

Leo Jeker

**Arbeitsgruppe «Verkehrsinfrastrukturen der Zukunft»
der Schweizerischen Industrie- und Handelskammern (SIHK)**

Dr. iur. Marco Ettisberger

Infrastrukturkommission von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger

Gruppe Telekommunikation von economiesuisse

Ivo Frei



